

An den Ausschussvorsitzenden  
Herrn Martin Börschel

An die Oberbürgermeisterin  
Frau Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln  
Postanschrift:  
Postfach 103564 · 50475 Köln  
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841  
E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)  
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 21.06.2016

**AN/1202/2016**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	23.06.2016

**Veränderungsnachweis zur Haushaltssatzung 2016/17: Wohnen + Soziales + Bildung + Infrastruktur für Alle ausbauen!**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Börschel,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, den vorliegenden Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zu TOP 8 „Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2016/2017 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2020“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 23.06.2016 zu nehmen.

**Beschluss:**

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, die Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017 mit den in der Anlage aufgeführten Zu- und Absetzungen zu beschließen.

**Begründung:**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Köln in Wohnungsbau, Soziales, Bildung und Infrastruktur für ALLE investiert. Wir schlagen Maßnahmen vor, mit denen die Stadt in 2016 etwa 28,3 Mio. Euro mehr einnehmen kann und in 2017 bereits 36,5 Mio. Euro.

Dieses Geld wollen wir in Bereiche investieren, von denen alle Kölnerinnen und Kölner etwas haben. Wir setzen uns dafür ein, dass jede und jeder in Köln ein gutes Leben führen kann. Dabei unterscheiden wir nicht danach, ob jemand schon lange oder erst kurz hier lebt.

### **Günstige Wohnungen für alle mit geringem Einkommen!**

Wir brauchen mindestens 2.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr. Nur wenn städtische Unternehmen diese Wohnungen bauen, werden sie auch auf Dauer günstig sein. Dafür brauchen wir starke städtische Wohnungsunternehmen wie die GAG. Ihre Gewinnausschüttung an die Stadt darf nicht erhöht werden, denn das Geld fehlt dann für den Wohnungsbau. Um den drängenden Bedarf an Wohnraum für Geflüchtete und Studierende schnell zu decken, setzen wir auf Wohneinheiten in Systembauweise.

In den vergangenen zwei Jahren fasste der Kölner Rat zur Wohnungspolitik fortschrittliche Beschlüsse: Die Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen oder Gewerbe soll abgewendet werden; mit Milieuschutzsatzungen soll die Verdrängung von Mietern verhindert werden; mit der Wiedereinführung des städtischen Vorkaufsrechtes soll die Stadt Zugriff auf wichtige Grundstücke für den Wohnungsbau bekommen. Wirksam sind diese Beschlüsse aber nur, wenn das für Einführung, Begleitung und Kontrolle notwendige Personal bereitgestellt wird. Das Baulückenprogramm, ehemals das erfolgreichste Wohnungsbauprogramm in Köln, wurde immer weiter zusammengestrichen: von elf Mitarbeitern in 2002 auf jetzt noch drei. Wir wollen eine Wende erreichen.

### **Köln muss sozialer für Alle werden!**

DIE LINKE will soziale Leistungen ausbauen, von denen alle profitieren. Zukünftig sollen auch Geringverdiener mit einem Einkommen 40 % über dem SGB II-Regelsatz plus Miete einen Köln-Pass mit seinen Vergünstigungen erhalten.

Streetworker sprechen gezielt Jugendliche an, die Unterstützung brauchen, und vermitteln bei Konflikten im Veedel. Statt bisher 6 sollen 18 diesen wichtigen Job erledigen.

ALG II-Empfänger brauchen endlich bessere Unterstützung. Die Stadt soll mehr Möglichkeiten für Kinderbetreuung, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung schaffen.

Sexismus muss nicht erst seit Silvester bekämpft werden. Ein antisexistisches Maßnahmenprogramm braucht mehr Mittel für Fortbildung, Gewaltprävention und Beratungsarbeit. In Köln haben sich schon immer Menschen aus aller Welt niedergelassen. Das Interkulturelle Maßnahmenprogramm erleichtert ihre Integration. DIE LINKE möchte alle Maßnahmen mit hoher Priorität verwirklichen.

Viele Geflüchtete leben unter unzureichenden Bedingungen in Turn- und Leichtbauhallen. Damit sich Konflikte nicht aufschaukeln und Übergriffe vermieden werden, brauchen wir ausreichend unabhängige Ombudsleute.

## **Gute Bildung für Alle!**

Bildung ist Ländersache. Vieles bezahlt das Land NRW nur unzureichend und die Stadt Köln ist gezwungen nachzubessern.

Die Offene Ganztagsgrundschule (OGTS) hat viel zu wenig Geld für ausreichend bezahltes, qualifiziertes Personal, für Räume und Material. Dies wollen wir ändern.

Schulsozialarbeit an jeder Schule ist ein Muss, wenn die Inklusion von behinderten Kindern, die Integration von Flüchtlingen und die Förderung von armen und sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen gelingen soll.

Für Förderprojekte an Grundschulen in sozialen Brennpunkten hatte DIE LINKE im letzten Haushalt Geld durchsetzen können. Diese Gelder sollen 2016/17 wegfallen. DIE LINKE meint: Diese Schulen brauchen dauerhaft mehr Geld!

Bildung muss kostenfrei sein, fordert DIE LINKE. Deshalb wollen wir die – von CDU und Grünen gestrichenen – beitragsfreien sechs Monate im Kindergarten wieder zurück. Für die Eltern kann das mehrere tausend Euro ausmachen. Auch die Erhöhung der Beiträge für die Offene Ganztagsgrundschule ist mit der LINKEN nicht zu machen.

An der Volkshochschule unterrichten Dozentinnen und Dozenten Deutsch zu unzumutbaren Löhnen. Wir wollen das Honorar zumindest auf den empfohlenen Mindestbetrag anheben.

## **Infrastruktur instand halten, modernisieren und ausbauen!**

Der Anteil von Fußgängern, Fahrrad, Bussen und Bahnen am Verkehr in Köln wächst. Die Verkehrsinfrastruktur ist aber auf das Auto ausgerichtet und ökologische Verkehrsmittel müssen sich mit den Resten begnügen. Das wollen wir ändern:

Wir wollen entlang der Gürteltrasse die Ausbauplanungen für eine Autostraße endgültig beenden und stattdessen zwischen Ehrenfeld, Nippes und Mülheim den ersten innerstädtischen Radschnellweg einrichten.

Für eine Umsetzung der bezirksbezogenen Radverkehrskonzepte wollen wir fünf Stellen zusetzen. Eine Mobilitätsstation verbindet ÖPNV, Rad und Carsharing miteinander. Sie macht den Zugang zu Mobilität sozialer und ökologischer. Sie müssen dort gebaut werden, wo das ÖPNV-Netz endet oder Lücken hat, wie z.B. in Chorweiler.

Wir wollen starke kommunale Unternehmen! Die Stadtwerke Köln (dazu gehören z.B. die RheinEnergie, die KVB, die AWB, die KölnBäder und NetCologne) müssen in den nächsten Jahren ihre Infrastruktur modernisieren und ausbauen. Ihnen darf nicht das Geld genommen werden, um damit Löcher im Haushalt der Stadt zu stopfen!

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein  
Fraktionsgeschäftsführer  
DIE LINKE